

# Wo geht's denn hier zum Klimaschutz?

Am 6. Juni endet das Volksbegehren gegen Windkraft im Wald und für größere Mindestabstände zu Wohnhäusern

• **Zossen** Wenn Helga Ehresmann ein Windrad im Wald sieht, sieht sie einen Stahlkoloss mit Rotorblättern. Wenn manch einer von der klimafreundlichen Energie der Zukunft schwärmt, spricht sie von „einer massiven Beeinträchtigung der Natur samt der Vernichtung von Lebensräumen vieler Tiere“. Zugleich leide die Wohngebung für Menschen und die Landschaft verliere an touristischem Wert.

Ehresmann ist Mitglied im Verein Freier Wald und arbeitet auch im Kampagnenteam der Volksinitiative „Rettet Brandenburg“, das dem Ausbau der Windkraft in Brandenburg kritisiert. Seit Januar läuft ihr Volksbegehren, das vor allem die sogenannte 10-H-Regelung für Brandenburg fordert. Die würde bedeuten, dass ein Windrad mindestens zehnmal so weit vom nächsten Wohngebiet weg stehen muss, wie es groß ist. Etwa zwei Kilometer wären das für ein modernes Windrad. Momentan gelten die Vorgaben des Bundes, die lediglich 700 Meter vorschreiben. Außerdem sollen Windräder, geht es nach der Initiative, gar nicht mehr in Wäldern gebaut werden dürfen.

Noch erscheint es fraglich, ob das Volksbegehren durchkommt. Schließlich waren zur Halbzeit im April gerade mal 23.061 Unterschriften zusammengekommen. Die Windkraftgegner brauchen jedoch bis zum 6. Juli 80.000 Signaturen, damit sich der Brandenburgische Landtag mit den Forderungen auseinandersetzen muss.

Dort hat die Initiative Unterstützung von der Fraktion BVB/Free Wähler. Man lehne „den Ausbau der Windkraft in der monstrosen Art und Weise, wie sie von der Landesregierung Brandenburg von SPD und Linkspartei forciert wird“, ab, sagt Fraktionsmitglied Christoph Schulze. Außerdem seien die Leitungs-

netze in Brandenburg und in Ostdeutschland insgesamt für das Energieaufkommen, das aus dem Windkraftausbau entsteht, gar nicht ausgelegt. „Jeder kann es sehen, immer mehr Windkraftanlagen stehen still, wenn Wind weht, weil die Stromnetze die Energie gar nicht auffangen können.“

Das ist allerdings nur die halbe Wahrheit. Richtig ist: Nicht zu jedem Zeitpunkt reicht das Stromnetz für den Strom aus, den die deutschen Kraftwerke zusammen produzieren könnten. Netze können keinen Strom speichern – die Strommenge, die entnommen wird, muss also immer genau mit der Strommenge übereinstimmen, die eingespeist wird. Ist das Stromangebot zu groß, müssen zwangsläufig Kraftwerke herunterregelt werden. Das betrifft also im Prinzip auch Kohlekraftwerke. Das Problem: Diese sind sehr träge – ihre Stromproduktion kann nur begrenzt variiert werden. Etwa elf Tage dauert es, ein komplett abgeschaltetes Kohlekraftwerk wieder voll zu nutzen. Das ist natürlich zu lang um kurzfristig auf den Strombedarf zu reagieren. Als Resultat stehen umso öfter eben die flexiblen Windräder still, auch wenn der Wind weht wie wild.

Das Übergabegeld aus Strom ist es auch, das die Umlage laut Erneuerbare-Energien-Gesetz steigen lässt, mit der die Stromkunden die festen Vergütungen für erneuerbare Energien zahlen. Die bildet nämlich den Preis der Energie – wie nämlich nicht direkt ab. Sie ergibt sich vielmehr aus der Differenz aus dem Strompreis, der zur Zahlung der garantierten Vergütungen für Wind- und Sonnenstrom nötig ist, und dem Strompreis an der Börse. Wenn also sehr viel Strom da ist, sinkt dieser natürlich – und automatisch steigt die EEG-Umlage, ohne dass mehr für die Energie-wende ausgegeben würde.



Keine Frage: Das Landschaftsbild verändert sich.

FOTO: KATRIN SCHWARZ

Es gibt aber noch andere Punkte, die Windkraftgegner wie Helga Ehresmann stören. „Es profitieren nur wenige Großinvestoren von den Einnahmen“, beklagt sie sich. Damit legt sie den Finger in die eigentliche Wunde. Psychologen der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg haben zwischen 2009 und 2013 rund 1.300 Personen befragt, die in der Nähe von Windrädern wohnen. Das Ergebnis: Wer mindestens zwei Kilometer weit weg lebt, spricht häufiger von einer allgemeinen „Bedrohung“ durch die Windräder als nähere Nachbarn. Das Problem, schlossen die Forschenden, sei keineswegs, dass Windräder hässlich oder laut seien.

Das Gros, so heißt es, leide vielmehr unter dem Gefühl, an den Entscheidungsprozessen und Gewinnen nicht beteiligt zu sein. „Die Menschen dürfen nicht einfach von Windparkprojekten überrollt werden“, sagt Gundula Hübner, Professorin an der Uni und Ko-Autorin der Studie. Resentiments seien schnell geschürt und entständen vor allem, wenn sich die Leute ausgeschlossen fühlen.

Genau das ist in Brandenburg wohl zu oft passiert. In den Geburtsjahren der Energie-wende wurden hierzulande zahlreiche Windräder kreuz und quer gebaut. Als Ergebnis liegt Branden-

burg in Brandenburg praktisch zum Erliegen kommen“, so Werner Frohwitter vom in Kallinchen ansässigen Unternehmen Energiequelle. Darüber hinaus hätten die brandenburgischen Unternehmen des Bundesverbandes Windenergie sich erst kürzlich freiwillig zu einem Abstand von einem Kilometer zur Wohnbebauung verpflichtet, außerdem wolle man nicht mehr in Eichen- oder Buchenwäldern bauen.

Das so eine Selbstverpflichtung ausreicht, findet Carsten Preuß nicht. Der Zössener sitzt im Landesvorstand des Umweltschutzverbands BUND. Er wünscht sich, dass die Landesregierung den Abstand von einem Kilometer zur Pflicht macht. Auch müsse bei der Auswahl von Standorten natürlich die Auswirkung der Windräder auf die Natur geprüft werden – den Bau in Wäldern sieht auch er kritisch. Eine 10-H-Abstandsregel würde, stimmt Preuß der Energiequelle zu, „allerdings den weiteren ökologisch und sozial verträglichen Ausbau der erneuerbaren Energien unmöglich machen“. Gerade der sei aber „zentral“ für die künftige Energieversorgung.

Ziel müsse es sein, „das der Ausbau der erneuerbaren Energien zur Erreichung der Klimaschutzziele beiträgt“. Bisher führe der erhebliche Ausbau der Windenergie in Brandenburg nicht zu einer Reduzierung der klimaschädlichen Braunkohlestromerzeugung. „Im Gegenteil, 2012 erreicht die Braunkohlestromerzeugung in Brandenburg den höchsten Stand der letzten 20 Jahre und es werden neue Tagebaue geplant, die von den Braunkohlekraftwerken über das Jahr 2040 hinaus genutzt werden könnten“, kritisiert Preuß.

Einige Bundesländer haben indes Wege abseits größerer Abstandsregelungen gefunden, um ihre Bewohner mit den Windrädern

glücklicher zu machen. Sie setzen, wie es die Studienergebnisse aus Halle nahelegen, auf Beteiligung. In Mecklenburg-Vorpommern etwa müssen Anwohner von Windrädern künftig die Möglichkeit der finanziellen Beteiligung bekommen – entweder per Unternehmensanteil oder etwa per günstigem Stromtarif. In Thüringen will man Bürger und Bürgerinnen sowie Kommunen jetzt durch das bisher bundes-

weit einzigartige Label „Faure Windenergie“ an Bord holen. Damit zeichnet die Thüringer Energie- und Greentech-Agentur (Thega) die Windradbauer aus, die die Menschen vor Ort an den Vorteilen der windbasierten Energie-wende teilhaben lassen und sie besonders gut in den Planungsprozess einbinden.

Katrin Schwarz  
Susanne Schwarz

**WINDKRAFT**

**Ausbau:** Zur Zeit stehen im Land Brandenburg 3.463 Windräder, die 5.849 Megawatt Leistung bringen. Damit liegt Brandenburg deutschlandweit auf Platz 6.

Die Nase vom beim Windkraft-Ausbau in Deutschland hat Niedersachsen (8.602 Megawatt, 5.713 Anlagen)

**Volksbegehren Windkraft:** Brandenburger ab 16 Jahre können ihre Stimme dafür abgeben. Möglich ist das persönlich in den Bürgerämtern oder per Briefwahl. Die Unterlagen können auch online angefordert werden, zum Beispiel über die Internetseiten der Kommunen oder über [www.vi-rettet-brandenburg.de](http://www.vi-rettet-brandenburg.de).

[www.garagen-carport-zentrale.de](http://www.garagen-carport-zentrale.de)

**WOLFF**  
Garagen & Carports

**Beton- & Stahlgaragen  
Holz- & Stahlcarports**  
Ausstellung

18370 Vogelisdorf, Friedesdörfer Str. 27

Info (030) 41 93 49 46